

Regierung Wulff geht auf die Gesamtschulen zu

Erlass erlaubt 13 Jahre bis zum Abitur in der IGS

VON SASKIA DÖHNER

Hannover. Im erbitterten Streit um die Gesamtschulen in Niedersachsen geht die schwarz-gelbe Landesregierung auf ihre schärfsten Kritiker zu: Integrierte Gesamtschulen (IGS) werden von der Pflicht zum Turbo-Abitur ausgenommen – sie können selbst entscheiden, ob sie das Abitur nach zwölf oder 13 Schuljahren vergeben. Das geht aus einem Erlass des Kultusministeriums hervor, der heute veröffentlicht werden soll.

Vor gut einem Jahr hatten Ministerpräsident Christian Wulff und Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (beide CDU) verkündet, auch an Gesamtschulen die Schulzeit auf zwölf Jahre verkürzen zu wollen. Vor allem in Hannover schlugen die Wellen der Empörung hoch. Tausende Lehrer, Eltern und Schüler gingen gegen den Beschluss auf die Straße. Ein von verschiedenen Initiativen gestartetes Volksbegehren richtet

sich vor allem gegen die Einführung des Turbo-Abiturs an den Gesamtschulen. Die Hauptsorge: Die Reifeprüfung nach zwölf Jahren würde den gemeinsamen Unterricht unmöglich machen. Die Kinder müssten schon ab der 6. Klasse aufgeteilt werden, das Kernprinzip der IGS wäre damit zerschlagen worden.

Der neue Erlass ist von einer Arbeitsgruppe im Ministerium formuliert worden, in der auch Vertreter der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule saßen. Er sieht vor, dass der Klassenverband bis zum Ende der 9. Jahrgangsstufe bestehen bleibt. Ab Klasse 7 kann auf zwei oder drei unterschiedlichen Leistungsniveaus in Mathematik und Englisch unterrichtet werden. Ein Jahr später folgt die Differenzierung in Deutsch, dann auch in den Naturwissenschaften. In der 9. Klasse muss differenziert werden, in den unteren Jahrgängen kann auf Antrag gemeinsam unterrichtet werden. Die Schüler können entweder nach der

9. Klasse in die gymnasiale Oberstufe eintreten und nach zwölf Jahren Abitur machen, oder sie lassen sich ein Jahr länger Zeit.

„An der IGS ist so ein Abitur der zwei Geschwindigkeiten möglich, in zwölf oder 13 Jahren“, sagt der Leiter der Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule, Wilfried Kretschmer. Er bewertet den Entwurf „überwiegend positiv“: Die IGS erhalte mehr Freiheitsgrade.

Das Kultusministerium in Hannover will dagegen nicht von einer Überraschung sprechen. „Wir haben immer gesagt, dass es nicht darum geht, die Gesamtschulen zu zerschlagen“, sagte Ministeriumssprecher Andreas Krischat. Der IGS-Erlass des Ministeriums wird heute veröffentlicht. Er geht danach in die Anhörung der Verbände und Interessengruppen.